Energiepolitik in der Entwicklungszusammenarbeit

Global/Überregional, Global/Überregional, 2010

Eckdaten			
Land/Region	Global/Überregional, Global/Überregional		
Ländereinordnung	Global/regional		
Summe	- (Zuschuss)	**davon „Klima“-Anteil**	1 000 000 €
Finanziert über	BMZ	**Finanzierungsinstrument**	allgemeine FZ/TZ (bilateral)
Jahr	2010	**Projektzeitraum**	keine Angabe
Sektor	Minderung		
Projektträger	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn		
Projektpartner			
Anrechnung auf	X 0,7% - Ziel der Entwicklungszusammenarbeit O Fast-Start-Zusage 2010-2012 O Biodiversitätszusage 2009 O Beitrag zur l'Aquila Zusage für Ernährungssicherheit		

Das Sektorvorhaben „Energiepolitik in der Entwicklungszusammenarbeit“ der GIZ berät das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seinem energiepolitischen Engagement im Energiebereich. Ziele sind eine nachhaltige Energieversorgung und ein verbesserter Zugang zu Energie in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Sektormodul beteiligt sich hierfür an der Gestaltung politischer Prozesse und bringt deutsche und europäische Positionen in internationale Organisationen ein; stellt über Beratung und die Arbeit in Netzwerken Wissen über förderliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung und Investitionen für den raschen Ausbau erneuerbarer Energien bereit und arbeitet eng mit der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

Entwicklungpolitische Analyse

Über die Klimafinanzierung geförderte Maßnahmen müssen auch entwicklungspolitischen Kriterien genügen. Für Maßnahmen, die im Zeitraum 2010-2012 bewilligt wurden, haben wir öffentlich verfügbare Projektbeschreibungen danach untersucht, ob einige ausgewählte Aspekte bei der Formulierung von Zielen und Maßnahmen explizit berücksichtigt wurden.
...weiterlesen

Diese Maßnahmen:

tragen zu langfristigem Klimaschutz und zur Erreichung des 2°-Ziels bei
tragen explizit zur Armutsbekämpfung bei
beteiligen die lokale Bevölkerung/Zivilgesellschaft
berücksichtigen explizit den Schutz der Menschenrechte
haben Gender-Aspekte integiert
berücksichtigen schutzbedürftige Gruppen bei Anpassungsmaßnahmen

Quellenangaben:
keine Projektbeschreibung verfügbar, Februar 2015

zuletzt aktualisiert: 05.06.2015